


BÜRGERGEMEINSCHAFT PETERSHAUSEN e.V.



Protokoll der öffentlichen Vorstandssitzung Mi 2022-02-02 18.00-19.15 Uhr,

Die Sitzung fand Corona-bedingt wieder digital als "Zoom"-Konferenz statt.



öVS der Bürgergemeinschaft Petershausen 2.2.2022

1. Begrüßung, Beschlussfähigkeit, TO,

Teilnehmer: (a) Vorstand (V) u. Berater (B): Böhl (V), Messmer(V), Millauer(V), Schön(V), Scholtz(V), Harris (B)

(b) sonst. Teilnehmer: Becker, Burckhardmaier, Kossmann, Piller, Tittelbach

Beschlussfähigkeit wird festgestellt; TO wird angenommen

2. Genehmigung Protokoll der letzten öffVS vom 05.01.2022: einstimmig angenommen

3. Ereignisse im Stadtteil, Stand der Projekte, Berichte:

Mobilitätssäule Brief v. 1.7.21, reklamiert 28.10.21

Keine schriftliche Antwort. (Antwortschreiben ist angeblich Stadtverwaltungs-intern verloren gegangen.)

Telefonische Auskunft Herr Fischer: Teilnahme der Stadt am Landesprogramm, weil kostenlos (n. b. für die Stadt, nicht für den Steuerzahler!) Zu aufwendig (große Fundamente!), zu unflexibel ... Programm vom Land bereits wieder eingestellt.

Daten Fahrradzählung (Induktion):

- Wie wir selbst bereits festgestellt haben: Keine Unterscheidung Fahrräder vs Roller, falsche Zählung wenn 2 Fahrräder gleichzeitig in der selben Richtung oder bei Begegnung auf der Messstelle, keine Registrierung Fahrrad-Anhänger etc. ...
- Daten werden von Stadt abgerufen und dokumentiert, aber kein Konzept für Auswertung. Unsere Vermutung: Bei hohen Fahrrad-Zahlen Argument für (= Hoffnung auf) Landes-Fördermittel für Ausbau "Fahrrad-Stadt".

Also alles so, wie wir selbst es bereits vermutet haben.

Smart City (→ Lärmdisplays)

Betr. **Lärmdisplays** durch Herrn Fischer Verweis zuständigkeitshalber an Frau Howarth (Amt für Stadtplanung u. Umwelt). Herr Fischer selbst sieht bei den Lärmdisplays Gefahr von Provokation zur absichtlichen Lärmerzeugung.

Gegenargument: Dafür gibt es bisher keinerlei Daten; im Gegenteil: Lärmemissions- und Geschwindigkeitsreduktion wurden in einer Wissenschaftlichen Studie nachgewiesen. Die Provokations-Vermutung müsste dann ja für die Anzeigetafeln zur Geschwindigkeitsmessung auch gelten. Im Ergebnis: Die Stadt will nicht und ist deshalb keinen Argumenten zugänglich. = Im Augenblick nicht sinnvoll, die Sache weiter zu verfolgen.

Evtl. könnte in Zukunft der Einsatz nach Änderung der (Bundes-)Rechtslage anders bewertet werden ("Hafterhaltung" notwendig.

(Nachträgl. Hinweis Recherche Scholtz: Es gab bereits eine Petition zur Einführung der Halterhaftung im Straßen-verkehr. Dieser wurde am 26.09.2019 vom Bundestag aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht entsprochen.)

Neue Messstelle für das vorhandene Smart-Green-Citizen-Kit (Messung Lärm und Feinstaub) in der Nähe Hofgarten/Reichenaustr. ? – Wird abgeklärt

Millauer

Die Anfrage an Herrn Baier, weshalb die von der Stadt bisher betreuten Messstellen abgeschaltet wurden, ist bisher unbeantwortet geblieben.

Scholtz

Bürgerbudget

BGP und L*IN*K haben gemeinsam in einem Schreiben an die Fraktionen eine Änderung der Satzung für das Bürgerbudget vorgeschlagen (siehe Anhang 1)

Das "Junge Forum Konstanz" (JFK), Herr Dr. Matthias Schäfer, und die "Linke Liste Konstanz" (LLK), Herr Simon Pschorr, haben bereits geantwortet und ihre Unterstützung zugesagt.

3. zu bearbeitende offene Projekte, Stand, weiteres Vorgehen, wer, wann, was?

• Wlan Petershausen Vgl. Protokoll 2021-12-01,

13.02.2022 erneut reklamiert, noch immer keine Antwort. --- Die Untätigkeit der Stadt ist auch deshalb unverständlich, weil ja doch das Geld dafür genehmigt ist und die Aufträge erteilt wurden.

Bilder-Ausstellung

Angesichts der Probleme bei der Frage des Ausstellungssortes, der technischen Herstellung und auch der Kosten geht die Diskussion und Meinungsbildung immer mehr in die Richtung, die Ausstellung überhaupt nur digital im Rahmen der **Homepage** zu machen. Dies hätte eine ganze Reihe von Vorteilen:

- Wir h\u00e4tten alle Elemente in eigener Hand; w\u00e4ren zeitlich flexibel, da zeitlich beliebig;
- keine Abstimmung mit Ausstellungsort nötig;
- da inzwischen digitale Zugänge allgemein verbreitet, vermutlich leichtere Zugänglichkeit als "analog"
- könnte successiv erstellt werden und zudem dann auf Dauer bleiben;
- geringe Kosten

Realisierung prüft Scholtz

Ob es dabei zusätzlich auch eine **Broschüre** (mit welchem Umfang? mit oder ohne Reproduktion der Bilder?) gibt - oder nur einen Flyer - oder gar nichts, könnte noch später entschieden werden.

Die ganz ursprünglich geplante **Veranstaltung** zum 25. Jubiläum der BGP ist ohnehin halbwegs in Nähe zum tatsächlichen Jubiläumsdatum schon wegen Corona nicht realisierbar.

Linie 6

Lärmmessung Scholtz Ecke Klingenbergstr. / Markgrafenstr.: 70-74 Dezibel. --- Brief an Stadt (ist in Vorbereitung) nach weiteren Messungen zur Dokumentation und Absicherung der Daten.

Jungerhalde: BGP – Beteiligung /

Die "Bürgergemeinschaft Allmannsdorf Staad" hat sich an die BGP gewandt mit der Bitte, ihre online-Petition in Sachen "Jungerhalde West" (d. h. *gegen* die geplante Bebauung dieses Gebiets) zu unterstützen. Da online-Petitionen nur von einzelnen Bürgern unterzeichnet werden können, sollte uns die BAS den Link zu dieser Petition zuschicken; dann könnten die Mitglieder der BGP je für sich entscheiden, ob sie unterzeichen wollen bzw. dies tun.

"Christiani-Wiesen" (Bauprojekt "Am Horn")

Zum Sachstand vgl. Anhang 2 (Südkurier 28.01.2022)

4. Termine

Nächste öffentliche öfffentl. Vorstandssitzung:

Mi 02.03.2022, 18 Uhr vorauss. ZOOM

Millauer

5. Sonstiges, Verschiedenes, Anregungen -- Neue Projekte? Wiederaufnahmen?

Billenweiher / "Rheingarten"

Es wird erneut betont, dass die Wiederaufnahme der – langjährigen, aber zuletzt erfolglosen – Bemühungen um einen <u>durchgängigen</u> Weg (für Fußgänger und Radfahrer) von der Fußgänger/ Radfahrer-Brücke bis zur "Bleiche" bzw. zur Grenze des Naturschutzgebiets "Wollmatinger Ried" initiiert werden soll, da dies – vergleichbar mit der Realisierung der "Seestraßen-Promenade" in den 1970er Jahren – ein wirklich "großes" Projekt zur Erhöhung der Lebensqualität (und touristischen Attraktivität!) von Petershausen bzw. für ganz Konstanz wäre.

(Für Menschen mit Erinnerung:) Es gab schon 2013 einen "Workshop", auf dem 3 Modelle von Architekturbüros für die Gestaltung dieses Areals (= unter und westlich der Schänzle-Brücke bis Arbeitsamt, zwischen Reichenaustr.und Ufer) vorgestellt wurden. Damals war die Absicht:

"Zielsetzung des Planungsprozesses ist es, das Gewerbegebiet "Rheingarten" baulich weiterzuentwickeln und die Uferpromenade unter Berücksichtigung bestehender Betriebsabläufe bis nach Stromeyersdorf fortzusetzen. Mit der Fortführung eines Uferweges soll an die Seerheinentwicklung Herosé/Great Lakes angeknüpft werden...

2014 wurde der Auftrag für ein vertieftes Konzept (als Grundlage weiterer Planung) erteilt. Die Einsichtnahme in dieses Konzept wird der BGP verweigert mit dem Argument, dass es im Bau- und Umweltausschuss (TUA) noch nicht behandelt wurde und deshalb nicht veröffentlicht werden dürfe. (Es ist aber offenbar bei der Erstellung des Maichle&Mohr-Gebäudes bereits berücksichtigt worden ?)

Millauer

• **Seerhein-Promenade** (= Uferweg zwischen Fußgänger/Radfahrer-Brücke und Schänzle-Brücke, entlang Herose-Park und Bodensee-Forum)

Angeregt wird eine Initiative an die Stadt zur konsequenten räumlichen Trennung von Fußgängern und Radfahrern. (Das wäre z. B. möglich durch Führung des Radwegs auf der "Landseite" der Baumreihe. – soll aber der Stadt überlassen bleiben.)

Bienen-Blumen-Wiese ("neu", entlang Petershauser Bahnhof bis Petershauser Str.)

Zwecks kompetenter Informationen soll mit zwei persönlich bekannten Personen (Biologin UK und Landschaftsgärtnerin) Kontakt aufgenommen werden und diese nach Möglichkeit zur nächsten öffVS eingeladen werden.

Messmer, Schön

Benediktinerplatz Vgl. zuletzt Protokoll v. 2021-09-01 und 2021-11-03
Herr Ruff bzw. Frau Vogt (SPD) soll gefragt werden, wie der Stand der Dinge ist (= SPD-Projekt)
Messmer

Schön (Protokoll)

Anhang 1





Konstanz, den 27.01.22

BGP Hans Sauerbruch Str. 13 78467 Konstanz dr.millauer@bg-petershausen.de L.IN.K Reichenaustr. 36 78467 Konstanz michael@famscholtz.de

An die Fraktionen des Gemeinderats der Stadt Konstanz

Btr. Bürgerbudget 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Südkurier vom 15.01.22 weist darauf hin, dass Anträge für das Bürgerbudget 2022 wieder eingereicht werden können.

Weder die Bürgergemeinschaft Petershausen (BGP) noch die Lärmschutz-Initiative Konstanz (L.IN.K) werden zukünftig Anträge einreichen, da unser Antrag von der Stadtverwaltung mit sachlich falschen Argumenten blockiert wurde und somit weder dem Bürgerrat noch Gemeinderat zur Kenntnis gebracht wurde, obwohl unser Antrag weder den Förderrichtlinien widersprach, noch war er unzulässig.

Wir bemängeln deshalb, dass sich die Stadtverwaltung ein Entscheidungsrecht herausnimmt, welche nicht durch die Richtlinien abgedeckt ist. In unserem konkreten Fall wäre es Aufgabe des Bürgerrates und letztlich des Gemeinderats gewesen, dem Kauf und der Installation eines Lärmdisplays zuzustimmen oder es abzulehnen. Denn entscheiden sollen im Sinne des Bürgerbudgets der Bürgerrat und der Gemeinderat, aber nicht die Verwaltung.

Wir möchten Sie deshalb bitten, die Richtlinien dahin gehend zu ändern, dass die Verwaltung Anträge zwar kommentieren, aber nicht ablehnen kann, sofern sie nicht klar den Förderrichtlinien widersprechen. Auch sollte festgelegt werden, wie eine Ablehnung begründet sein muss, und wie bei offensichtlichen Fehlern zu verfahren ist.

Wir danken für <mark>Ih</mark>re Unterstützung, einen entsprechenden Antrag auf einer der kommenden. Gemeinderatssitzungen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Ch. Millauer geschäft. Vorsitzender BGP Dr. M. Scholtz Vorsitzender L.IN.K

cc: OB U.Burchardt, M.Schröpel, Vorstände BGP & L.IN.K.



Streit ums Bauen auf Christiani-Wiesen

- Pläne für modernes und grünes Wohnen am Horn
- FGL sieht richtiges Vorhaben an falschem Ort
- Ausschussmehrheit überstimmt jetzt die Grünen



VON MARCEL JUD marcel.jud@suedkurier.de

Konstanz - Die Pläne für Wohnbebauung auf den Christiani-Wiesen zwischen Lorettowald und Strandbad Horn haben eine wichtige Hürde genommen. Der Technische und Umweltausschuss (TUA) des Gemeinderates stimmte den Plänen mehrheitlich zu und treibt damit das Bebauungsplanverfahren voran. Es gab neun Ja-Stimmen für die Billigung der Entwürfe des Bebauungsund des Flächennutzungsplans. Die vier Vertreter der Freien Grünen Liste (FGL), die stärkste Fraktion im Gemeinderat, stimmten jedoch dagegen. Und sie lieferten sich mit den Befürwortern eine heftige Kontroverse.

Auf den etwa zwei Hektar großen Christiani-Wiesen sollen bis zu 140 Wohneinheiten für rund 300 Bewohner in zwei- bis fünfgeschossigen Häusern entstehen. Der Großteil davon durch Baugemeinschaften, also Zusammenschlüsse von privaten Bauherren, die dann auch mehrere Räume gemeinsam nutzen (sogenannte Baugruppen). 30 Prozent der Wohnungen sollen als geförderter Mietwohnungsbau von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Wobak errichtet werden. Die Grundrisse im Planungshandbuch könnten noch konkretisiert und überarbeitet werden, heißt es in der Verwaltungsvorlage.

Das Projekt soll bei Klimaschutz und Ökologie eine Vorreiterrolle einnehmen: geringere Wohnflächen als bei konventionellen Bauprojekten – der Rahmenplan spricht von einer Reduzierung von durchschnittlich 62 auf 60 Quadratmeter je Wohnung – und deutlich weniger Autoparkplätze. Dafür soll



EN SE SERVICE I III BUILDINGS SUITE SOO

es gemeinschaftlich genutzte Flächen und Räume sowie mehr Radstellplätze und Carsharing geben.

Bevorzugtes Baumaterial soll Holz sein. Dächer und Fassaden würden begrünt und bekämen Photovoltaik-Anlagen. Rund die Hälfte der Fläche der Christiani-Wiesen soll unbebaut erhalten bleiben, darunter ein Biotop. Freiflächen sollen mit Bäumen, Sträuchern und Wiesen gestaltet, die Nutzung von Erdwärme und kalter Nahwärme mit Abwärme aus der Bodensee-Therme zur Energiegewinnung geprüft werden. Und es ist eine Regenwassernutzung vorgesehen.

Das alles klingt nach einem grünen Traum. Und deshalb erhält die Projektidee als solche auch durchaus viel Zuspruch von FGL-Stadträten. Nur soll es eben nicht auf den Christiani-Wiesen realisiert werden, finden die Konstanzer Grünen. "Wir halten das Konzept an der Stelle nicht für richtig", sagte FGL-Rat Peter Müller-Neff und verwies auf die Petition der Initiative "Grünes Horn". Hinter der Initiative stehen der Naturschutzbund NABU, der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland BUND, Fridays for Future sowie die Bürgergemeinschaften Allmannsdorf/Staad und Petershausen. "Die Folgen der baulichen Verdichtung für die Umwelt, für den Landschaftscharakter und den Erholungswert des "Hörnle" werden gravierend sein", heißt es in der Petition, über die der Landtag noch zu entschieden hat. Die Initiative ist unter anderem überzeugt, dass eine Versiegelung des Gebiets die "grüne Lunge für das Stadtklima" schwäche und die "Biotopvernetzung zwischen Seeufer und Lorettowald" zerstöre. Und: Die behördliche Umweltprüfung stufte die

Umweltauswirkungen als erheblich ein. Deshalb soll es laut Verwaltung Kompensationsmaßnahmen im Gemeindegebiet sowie "geeignete artenschutz-

Der Zeitplan

Nach dem Beschluss des Technischen und Umwelta asschusses erfolgt eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden. Kommt es zu keinen maßgeblichen Anderungen, wird der Gemeinderat über die Pläne entscheiden. Bis Ende 2023 soll die Konzeptvergabe für Baugemeinschaften folgen und im selben Jahr die Wobak mit dem Bau ihrer Wohnhäuser beginnen. Diese werden voraussichtlich nach zwei Jahren fertig sein. Ab 2024 würden dann auch Baugemeinschaften mit dem Bau ihrer Häuser loslegen.



"Das Konzept ist gut, aber nehmen Sie es und setzen Sie es am Hafner oder am Döbele um."

Peter Müller-Neff, Freie Grüne Liste (FGL)

fachliche Maßnahmen" geben. Doch das genügt der FGL nicht. "Das Konzept ist für uns gut, aber nehmen Sie es, gehen Sie zum Hafner oder auch zum Döbele und setzen es dort um", so der Stadtrat in Richtung Marion Klose, Leiterin des Ams für Stadtplanung und Umwelt.

Diese blieb eine Antwort nicht lange schuldig und bekräftigte, was sie in einer Diskussion mit FGL-Stadträten bereits im Frühjahr 2021 gesagt hatte: dass die Fläche auf den Christiani-Wiesen Bestandteil des Handlungsprogramms Wohnen sei, das vom Gemeinderat beschlossen wurde. "Wir haben Arrondierungsflächen gesucht, Ihnen zur Beratung vorgelegt und diese auch mit dem Regierungspräsidium abgestimmt", so Klose. Schließlich gehe es beim Projekt auf den Christiani-Wiesen darum, Antworten zu finden, wie die soziale und die ökologische Frage zusammenfinden.